

# Veranstaltung der DGSP Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2019

## **Teilnehmer\*innen auf dem Podium:**

Herr Beck – AFD  
Herr Bensch – CDU  
Herr Piroozina – B'90 / Die Grünen  
Herr Restat – Die Linke  
Frau Rohbeck - SPD

**Moderation:** Christoph Engels  
**Ort:** Bürgerhaus Weserterrassen  
**Datum:** 13. März 2019  
**Uhrzeit:** 17:00 bis 19:00 Uhr

Christoph Engels begrüßt die 22 anwesenden Gäste und die Teilnehmer\*innen der Podiumsdiskussion. Die DGSP hat im Vorfeld der Veranstaltung neun Wahlprüfsteine verfasst und allen in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen zugesandt, verbunden mit der Bitte um eine schriftliche Antwort und die Einladung zur heutigen Gesprächsrunde. Die Wahlprüfsteine werden den Gästen in einer Übersicht vorgestellt:

1. *Psychiatrie-Reform in Bremen – konkrete Vorschläge zur Umsetzung*
2. *Inklusion von Menschen mit Behinderung*
3. *Qualifiziertes Personal*
4. *Einbezug von Expert\*innen aus Erfahrung*
5. *Einführung Stationsäquivalente Behandlung*
6. *Soziale Dimension psychischer Erkrankungen*
7. *Menschen mit Fluchterfahrungen – Migration*
8. *Pflege und Betreuung*
9. *Geistige Behinderung und psychische Erkrankung*

Herr Engels weist darauf hin, dass bereits schriftliche Stellungnahmen vorliegen bzw. die Übersendung in Kürze zugesagt wurde. Da diese Stellungnahmen auf der Homepage der DGSP Bremen veröffentlicht werden und somit offen einsehbar sind, wird in der Veranstaltung auf die detaillierte Abfrage der Antworten zu den Wahlprüfsteinen verzichtet und ein grundsätzlicher freier Austausch von Gedanken und Positionen angestrebt. In ausgeloster Reihenfolge haben die Politik-Vertreter\*innen die Gelegenheit, ihre Sichtweise zum Sachstand der psychiatrischen Versorgung vorzustellen.

## Herr Bensch – CDU

Herr Bensch verweist auf den Bürgerschaftsbeschluss von 2013 und erklärt, dass er voller Überzeugung dafür gestimmt hat. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Verdienste von Frau Kappert-

Gonther (B'90 / Die Grünen), damals MdBB - heute MdB, die wesentlicher Motor beim Bürger-schaftsbeschluss gewesen sei. Herr Bensch hält institutionelle Angebote und stationäre Versorgung nur für die letzten Mittel der Wahl und favorisiert aufsuchende Angebote. „Du musst dort versorgt werden, wo Du bist – zu Hause oder auch am Arbeitsplatz“. Sollte die CDU nach der Wahl mitregieren, dann will er ambulante Strukturen fördern. In der aktuellen Lage der Psychiatriereform sieht er die Träger in der Pflicht, die bestehenden Reformideen umzusetzen.

#### Frau Rohbeck – SPD

Frau Rohbeck (die stellvertretend für die erkrankte gesundheitspolitische Sprecherin Frau Dähne an der Diskussion teilnimmt) beschreibt ihre Erfahrungen mit den bisherigen Schritten der Psychiatriereform aus ihrer persönlichen Sicht – anfangs hat sie wenig von den Reformschritten mitbekommen, auf die praktische Arbeit haben sie sich scheinbar nicht ausgewirkt. Inzwischen erlebt sie aber deutlich mehr Bewegung im Thema und erwähnt in diesem Zusammenhang die personellen Veränderungen im Psychiatriereferat, die sich positiv ausgewirkt haben. Frau Rohbeck ist es wichtig, dass psychiatrische Arbeit nicht erst bei den „Nicht-Behandlungsfällen“ beginnt, sie stellt hingegen einen wichtigen Baustein im Bereich der allgemeinen Gesundheitsversorgung dar. Gerade bei der Gesundheitsprävention müssen auch psychische und seelische Belastungen und Erkrankungsrisiken erfasst werden – und bereits im Bereich der Schulen mit aufgenommen. Frau Rohbeck weist daraufhin, dass die Psychiatriereform kein „Sparprogramm“ sein darf – eine Herausforderung auch in der Zusammenarbeit mit Krankenkassen und Kliniken.

#### Herr Beck - AFD

Herr Beck beschreibt seine eigenen Erfahrungen mit der Thematik der Psychotherapie und den Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit therapeutischer Behandlung ergeben (lange Wartezeiten, administrativer Aufwand, zu wenig Therapeuten). Er fordert Verbesserungen in diesen Bereichen.

#### Herr Restat – Die Linke

Herr Restat war bisher nicht mit gesundheitspolitischen Fragen betraut und konnte sich erst kurzfristig in das Thema einarbeiten. Als Wirtschafts- und Finanzpolitiker ist er beim Strategiepapier nur verhalten optimistisch: „An einer Stelle etwas abbauen, um dann etwas anderes aufzubauen – das ist nach meiner Erfahrung zumindest mit Vorsicht zu genießen.“ Grundsätzlich stützt seine Fraktion und auch er persönlich die Psychiatriereform, er sieht hier sogar eine Einigkeit in der gesamten Bürgerschaft gegeben – die Reformansätze also unabhängig der Wahlergebnisse im Mai für nicht gefährdet.

#### Herr Piroozina – B'90 / Die Grünen

Als seine grundsätzliche Haltung erklärt Herr Piroozina, dass das Gesundheitswesen nicht privatisiert werden darf. In Bezug auf die Psychiatriereform vertritt er die Position, dass Hilfs- und Unterstützungsangebote immer vom Betroffenen aus gedacht werden müssen. Hilfen müssen wohnortnah erfolgen, ein Stärkung der ambulanten Hilfen ist ein wichtiges Anliegen seiner Partei. Das Strategiepapier der Behörde begrüßt er inhaltlich – jetzt komme es vor allem darauf an, wie die Absichten umgesetzt werden. Es sei in den letzten Jahren durchaus etwas erreicht worden, aber insgesamt sei das zu wenig gewesen und die Reform komme zu langsam in Schwung. Für die Bürgerschaft sieht er eine Einigkeit hinsichtlich der grundsätzlichen Ausrichtung zum Ausbau der ambulanten Arbeit und zur regionalen Versorgung.

Im weiteren Verlauf wurde unter Beteiligung der anwesenden Zuhörer\*innen die Diskussion zu einigen inhaltlichen Schwerpunktthemen und Wahlprüfsteinen aufgenommen.

#### Wahlprüfstein 6 – Soziale Dimension psychischer Erkrankungen

Die Wohnraumversorgung wurde als elementarer Ansatz empfunden, aktuell ist es (auch und gerade) für psychisch Erkrankte schwierig, bezahlbaren Wohnraum in Bremen zu finden. Herr Restat spricht sich für einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus aus. Frau Rohbeck plädiert dafür, dass die Wohnraumversorgung in städtischer Hand bleiben muss.

Daneben stellt die Teilhabe am Arbeitsleben einen weiteren Kernpunkt dar, den Herr Bensch mehr in den Mittelpunkt stellen möchte.

#### Wahlprüfstein 2 – Inklusion von Menschen mit Behinderung

Herr Beck sieht das Thema entscheidend mit Personalressourcen verbunden, die seiner Meinung nach nicht ausreichend gegeben sind. Herr Piroozina stellt klar, dass Inklusion nicht diskutabel sei – da es sich um ein Grundrecht handelt. Frau Rohbeck spricht sich für die Förderung und den Ausbau von Sozialräumen aus, da die Gesellschaft in die Inklusion „reinwachsen“ muss. Psychisch Erkrankte seien dabei natürlich eingeschlossen. Herr Restat sieht in öffentlich geförderten Beschäftigungen einen Ansatz, der gesellschaftliche Barrieren abbaut und so die Inklusion fördere.

#### Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Politik – z.B. auf die Krankenkassen und die GeNo

Die zentrale Steuerung der Psychiatriereform liegt nach Aussage von Frau Rohbeck bei der senatorischen Behörde – und dort müsse sie auch liegen, um Interessen einzelner nicht in den Vordergrund zu rücken. Herr Restat verweist auf die Entscheidungs- und Handlungskette: Politik und Verwaltung geben den Rahmen vor, können aber nicht in das operative Geschäft einwirken. Herr Bensch sieht die Leistungserbringer in der Verpflichtung zu handeln, die Politik habe den entsprechenden Rahmen gesetzt. Herr Piroozina findet es wichtig, dass die Politik klar formuliert, was erwartet und dafür auch politische Signale setzt (wie z.B. im Strategiepapier). Durch eine regelmäßige Begleitung und Nachfragen müssen die Themen präsent bleiben und so auch ein gewisser Handlungsdruck auf die zuständigen Akteure aufrechterhalten werden. Bezüglich der Einflussmöglichkeiten auf Krankenkassen sehen alle Politikvertreter\*innen nur sehr begrenzte Möglichkeiten, man können nur eigene Positionen darstellen und im Austausch bleiben – und dabei dann die Krankenkassen an ihren eigenen Aussagen messen. Eine politische Einflussnahme gebe es durch ein Einwirken auf Bundesgesetze (über die Landesregierung und den Bundesrat).

#### Krisendienst

Die Auswertung des mit dem Modellprojekt veränderten Krisendienstes in der Stadt Bremen steht noch aus. Die Politikvertreter\*innen stehen ihm offen gegenüber und wollen die Ergebnisse abwarten. Herr Bensch spricht sich dafür aus, keine dogmatische Entscheidung – egal in welche Richtung – zu treffen. Einen 24stündigen Krisendienst wieder einzuführen, muss denkbar sein, ist aber nicht vorrangiges Ziel. Herr Restat hingegen hält einen Krisendienst rund um die Uhr für sinnvoll und spricht sich für eine Wiedereinführung aus. Frau Rohbeck möchte zunächst die Ergebnisse aus dem Modellprojekt abwarten und dann eine sinnvolle Entscheidung anstreben. Klar ist für sie aber, dass psychiatrische Krisen nicht „auf die Polizei abgeladen werden dürfen“. Herr Beck erklärt, dass die Polizei eine Krisenversorgung nicht adäquat bearbeiten kann, ihr bleibe oft nur die Handhabe des Schutzgewahrsams – und das könne nicht das Ziel sein. Herr Piroozina hält einen 24stündigen Krisen-

dienst für wichtig und weist darauf hin, dass ein solches Angebot viel Geld kostet – das dafür aber „in die Hand genommen werden müsse“.

#### Auswahl von Zitaten

*„Machen Sie mich zum Geschäftsführer eines Trägers – und ich mache das.“* (Herr Bensch auf die Anmerkung aus dem Publikum, die Politik müsse Veränderungen in den Klinikstrukturen herbeiführen)

*„In der Geschäftsführung oder dem Aufsichtsrat der GeNo sollte eine Person verantwortlich benannt werden, die für die konkrete Umsetzung zuständig ist.“* (Herr Piroozina auf die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die Pläne zum Abbau stationärer Plätze umgesetzt werden)

*„Kein Mensch sollte in die Situation kommen müssen, in Handschellen ins Klinikum gebracht zu werden.“* (Publikumsgast zur Notwendigkeit eines funktionierenden Krisendienstes)

*„Es müssen mehr Gelder in das Gesundheitssystem fließen.“* (Herr Beck zur Frage, wie die gewünschten Veränderungen in der Psychiatrieentwicklung umsetzbar sind)

*„Fürsprache- und Beschwerdestellen haben eine große Bedeutung und können als Korrektiv für Politik, Träger und alle Akteure tätig werden!“* (Publikumsgast zur Frage, wo noch Entwicklungsbedarf besteht)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es bei der grundsätzlichen Frage einer Fortführung der Psychiatriereform Einigkeit unter den vertretenen Parteien gibt. Die Notwendigkeit, diesen Bereich weiter zu stärken und inhaltlich auszubauen, wird von allen anerkannt. Eine Unterstützung des Prozesses haben alle Anwesenden auch für die nächste Legislaturperiode zugesagt, unabhängig von der Frage „Regierungsverantwortung oder Opposition“.

Christoph Engels bedankt sich im Namen der DGSP bei allen Podiumsgästen für die Bereitschaft zur Diskussion und bei den anwesenden Gästen für das aufmerksame Zuhören und die interessierten Wortbeiträge. Im folgenden Jahr soll dann eine Anschlussveranstaltung folgen, zu der alle wieder eingeladen werden – die DGSP wird die Psychiatriereform weiter verfolgen und aktiv begleiten und mit den politischen Parteien im Austausch bleiben.

Für den Vorstand der DGSP  
Michael Tietje